



STADT **LIPPSTADT**

Vorlage Nr.

530/2001

Fachbereich Zentraler Service

in öffentlicher Sitzung

in nichtöffentlicher Sitzung

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Rat

17.12.2001

TOP

**Initiative zur Förderung des Bürgerengagements
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 03.12.2001**

Beschlussvorschlag

'Dem Antrag der F.D.P. – Fraktion wird zugestimmt.
Die Verwaltung wird beauftragt, eine Initiative zur Förderung des
Bürgerengagements zu entwickeln.'

Anlagen

Beratungsergebnis

<input type="checkbox"/> Einstimmig	<input type="checkbox"/> Mit Stimmen- Mehrheit	Ja	Nein	Enthaltung	<input type="checkbox"/> Laut Beschluss- Vorschlag	<input type="checkbox"/> Abweichender Beschluss
-------------------------------------	--	----	------	------------	--	--

Unterschrift

Finanzielle Auswirkungen ?		Nein	
Gesamtausgaben der Maßnahme		Eigenanteil	
Haushaltsstelle			
Veranschlagung			
im Verwaltungshaushalt		mit	DM
im Vermögenshaushalt		mit	DM
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt		i.H.v.	DM
Über-/außerplanmäßige Ausgaben		DM	Sichtvermerk Kämmerei
Deckung durch Mehreinnahmen bei			
Hhst.		DM	
Hhst.		DM	
Einsparungen bei			
Hhst.		DM	
Hhst.		DM	
Hhst.		DM	
Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt:	entfällt		

Sachdarstellung

Mit Schreiben vom 3. Dezember 2001 hat die F.D.P. - Fraktion den Antrag gestellt, der Rat der Stadt Lippstadt möge beschließen, die Verwaltung zu beauftragen, eine Initiative zur Förderung des Bürgerengagements zu entwickeln. (siehe Anlage)

Bereits im Jahr 1999 hat die Stadt Lippstadt Interesse an einem von der Bezirksregierung Arnsberg initiierten Innovationskreis „Die aktive Bürgergesellschaft – Möglichkeiten der Bürgeraktivierung“ bekundet und im Jahr 2000/ 2001 an diesem Innovationskreis, bestehend aus Vertretern der Kommunen im Regierungsbezirk Arnsberg sowie externen Beratern und Sachverständigen, teilgenommen.

Der Innovationskreis hatte sich zum Ziel gesetzt, die Vielfalt bürgerschaftlichen Engagements in großen wie in kleinen Kommunen und in den unterschiedlichsten Bereichen aufzuzeigen. Insbesondere der Erfahrungsaustausch stand im Vordergrund dieses Projektes der Bezirksregierung.

Dabei wurden drei Arbeitsgruppen eingerichtet mit den jeweiligen Schwerpunkten

1. Wahrnehmung kommunaler Aufgaben durch Freiwillige/ praktische und rechtliche Fragen
 - Vertragliche Gestaltung der Rechtsbeziehungen zwischen der Kommune und den Freiwilligen
 - Eigentumsübertragung von Immobilien an Private
 - Versicherungsschutz von Freiwilligen
 - Verkehrssicherungspflicht
 - Sicherstellung der Kontinuität der Aufgabenwahrnehmung

2. Strukturen zum Aufbau bürgerschaftlichen Engagements in den Kommunen
 - Erarbeitung von Kriterien für Best-Practice
 - Offenheit des Projektes (Chancengleichheit für Frauen / Männer, Amateure/ Profis)
 - Nachhaltigkeit
 - Enge Vernetzung des Bürgers mit der Stadt (virtuell/ räumlich)
 - Anreize und Gegenwertssysteme (Würdigung durch kommunale Ent- / Belohnung
 - Sponsoring/ Unterstützung
 - Effektiver Einsatz öffentlicher Mittelfristig bis Ende 2003
 - Transparenz für den Bürger
 - Vermarktbarkeit zur Imagepflege einer Stadt (positiver Beitrag zum Stadtmarketing)

3. Bürgerengagement gegen Rechtsextremismus und Fremdenhass
 - Effizienzprüfung der eingesetzten Landesmittel in kommunalen Bereichen
 - Handlungsorientierte Nachhaltigkeit als Ziel
 - Landeseinheitlicher konzeptioneller Rahmen für kommunale Berichte zur Integration und Sicherheit als Grundlage für kommunale Maßnahmen

Die erarbeiteten Aspekte wurden seitens der Bezirksregierung Arnsberg in einer Dokumentation zusammengefasst.

Verwaltungsseitig wurde in Zusammenhang mit dem Thema "Gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit" eine Vielzahl von Projekten und Maßnahmen initiiert. Hierüber wurde in den politischen Gremien mit Vorlage Nr. 594/2000 Anfang diesen Jahres berichtet.

Nicht unerwähnt dürfen die vielfältigen Förderungen städtischerseits bleiben der ehrenamtlichen Aktivitäten z. B. in den Bereichen Bildung, Kultur, Sport, Soziales und Feuerwehr etc.

Letztlich ist die Verwaltung der Stadt Lippstadt stetig bemüht, Bürgerengagement zu fördern; die Gründung einer Freiwilligenagentur als Kontaktstelle für bürgerschaftliche Aktivitäten könnte in diesem Zusammenhang weiter diskutiert werden.